

Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung  
Mayerhofgasse 6/3, A-1040 Wien

T +43 1 504 68 58  
F +43 1 504 58 89

gesellschaft@politischebildung.at  
www.politischebildung.at



Gerhard Baumgartner

# Wagnis Demokratie

30 Jahre Österreichische Gesellschaft  
für Politische Bildung



pb österreichische gesellschaft  
für politische bildung  
30 Jahre 1977–2007

**Mag. Dr. Gerhard Baumgartner**, geb. 1957, Historiker und Journalist; wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsvereins „Kanzlei“, Gründungsmitglied der Burgenländischen Forschungsgesellschaft, Mitarbeiter der Österreichischen Historikerkommission, Projektleiter des Forschungsprojektes „Holocaustopfer unter den österreichischen Roma und Sinti“, sendungsverantwortlicher Redakteur der ungarischsprachigen Fernsehsendungen des ORF Burgenland. Er war Lektor an den Universitäten Salzburg, Klagenfurt, Wien, Budapest und Research Fellow an der Universität Tel Aviv. Ausgezeichnet mit dem Burgenländischen Kulturpreis für Wissenschaft und Forschung 1993. Seit 1990 Mitherausgeber der ÖZG – Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften. Seit 1996 Präsident des Bécsi Magyar Iskolaegyesület/Wiener Ungarischen Schulvereins. Forschungsschwerpunkte: Ethnische und religiöse Minderheiten in Mittel- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert, Nationalitätenprobleme der Habsburgermonarchie, Österreichische Minderheitenpolitik nach 1945, Nationalismustheorie, burgenländische und westungarische Regionalgeschichte.

Gerhard Baumgartner

# Wagnis Demokratie

**30 Jahre Österreichische Gesellschaft  
für Politische Bildung**

Herausgegeben von



## **Impressum**

Medieninhaber: Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung  
Mayerhofgasse 6/3, 1040 Wien  
Herstellung: Eigenvervielfältigung  
Redaktion & Lektorat: Barbara Schöllenger, Robert Kramreither,  
Hakan Gürses, Marion Wisinger  
Redaktionelle Mitarbeit: Heidemarie Buchecker  
Recherche: Michaela Bobaš-Pupić, Leo Kern  
Endlektorat: Michaela Bobaš-Pupić  
Titelfoto: ÖNB/BAA, VGA, E9/113  
Grafische Gestaltung: Peter Egelseer  
© Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung  
Wien, November 2007

## Inhalt

Vorwort - Bundesministerin Dr. <sup>in</sup> Claudia Schmied .....	5
Zum Geleit - Mag. Gerald Leitner .....	6
Wagnis Demokratie - 30 Jahre Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung .....	9
„Heiß umfehdet, wild umstritten“ .....	9
Das Österreichische Institut für politische Bildung 1978 - 1991 .....	13
Zwischenbilanz 1991 .....	20
Exkurs: Der burgenländische Zertifikatskurs Politische Bildung .....	22
Exkurs: Gemeinwesenarbeit als eine Spielart politischer Bildung im ländlichen Raum .....	23
Umstrukturierung und neue Anbindung 1991 - 2007 .....	24
Ein Kind seiner Zeit .....	31
Anmerkungen .....	33
Nachwort: Parallelgeschichte der Gegenwart .....	36
Vorstandsliste 1977 - 1991 .....	39
Vorstandsliste 1992 - 2007 .....	40

## Vorwort

Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung ist eine Einrichtung, die sich in besonderer Weise um die Professionalisierung und Förderung der politischen Erwachsenenbildung in Österreich verdient gemacht hat. Die von Bund, Ländern und Erwachsenenbildungs-Verbänden in den siebziger Jahren eingerichtete Gesellschaft blickt in diesen Tagen auf ihre eigene Geschichte zurück und setzt sich in der vorliegenden Publikation mit der Beziehung von Politik und politischer Erwachsenenbildung auseinander. Das Ergebnis ist spannende politische Bildung!

Es ist evident, dass Politik an der aktiven Kenntnisnahme politischer Prozesse großes Interesse hat. Zum einen sollen politische Inhalte und Handlungsformen vermittelt werden, zum anderen soll die Bildung einer kritischen Urteilsfähigkeit eben diesen Politiken gegenüber die Partizipation in der demokratischen Gesellschaft stärken. Diese Nahtstelle zwischen Politikerinnen und Politikern, Bürgerinnen und Bürgern soll politische Bildung überbrücken, ein – wie in der Publikation beschrieben – nicht immer unproblematischer Vorgang. Daher verstehe ich politische Erwachsenenbildung als eine Aufgabe der Gesellschaft. Der Staat wiederum hat deren Erfüllung zu ermöglichen. Im Gegenzug dazu erhält die Politik wichtige Impulse von der politischen Bildung, denn politische Entscheidungsfindung bedarf eines offenen Lernprozesses jenseits parteipolitischer Grenzen.

Die Geschichte der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung ist ein Lehrstück der Veränderung politischer Handlungsmuster. Heute entscheiden Bund, Länder und Vertreterinnen und Vertreter der Erwachsenenbildung jährlich gemeinsam über die Projektmittelvergabe. Im Mittelpunkt der vielfältigen Aufgaben dieser Einrichtung steht daher die Förderung einer emanzipatorischen Kultur des Lernens, des Fragens und des Agierens.

Der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und allen ihren Unterstützerinnen und Unterstützern in der Erwachsenenbildung gratuliere ich zu ihrem 30-jährigen Jubiläum und wünsche weitere erfolgreiche Jahre.

Dr.<sup>in</sup> Claudia Schmied  
*Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur*

## Zum Geleit

Jubiläen sind Schnittpunkte des Geschehenen und des Werdenden. Eine gute Gelegenheit innezuhalten, sich aus Distanz zu betrachten, am Selbstverständnis zu arbeiten. Es ist mir eine Freude, Ihnen hier das Ergebnis eines solchen Prozesses der Selbstreflexion vorstellen zu können: eine Publikation anlässlich des 30. Geburtstages der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung, welche sich mit der Geschichte dieser Einrichtung auseinandersetzt. Es schien uns sinnvoll, entlang dieser Vergangenheit auf unsere politische Kultur zu sehen und zu erforschen, wie Strukturen entstehen und sich verändern. Was mit den Recherchen für eine Chronik einer Bildungseinrichtung begann, wurde letztendlich zu einer spannenden Analyse des Zeitgeschehens.

Die Geschichte der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung präsentiert sich in dieser Publikation durchaus ambivalent. Zu dieser Vergangenheit zu stehen, sie insgesamt als politischen Aufklärungsprozess zu interpretieren, ist selbst ein Bestandteil politischer Bildung. Die Metamorphosen der eigenen Einrichtung wahrzunehmen, sie offenzulegen und aufzuarbeiten, heißt, politischen Mut zu beweisen, aber auch sich der Bedeutung von Unabhängigkeit und Gedankenfreiheit bewusst zu sein. Diese Essenz demokratischer Entwicklung wollen wir vermitteln, und dies verstehen wir als eine Motivation für die Zukunft.

Die Leistungen der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung sind evident. In den 30 Jahren ihres Bestehens hat sie Räume geschaffen, wo man sich über gesellschaftlich relevante Fragen und Probleme verständigen und sich Wissen und Kompetenzen erwerben konnte. Mehr als 3.000 Projekte wurden in den letzten Jahren angeregt und ermöglicht. Immer wieder wurden hierbei die Bedingungen und Dimensionen unseres Zusammenlebens ausgelotet und – was mir besonders wichtig erscheint – die strukturelle Benachteiligung von Individuen und Gruppierungen aufgezeigt, ihrer Diskriminierung entgegengewirkt und ihre Integration vorangetrieben. Die Österreichische Gesellschaft hat Impulse zur gesellschaftlichen Veränderung gegeben und den politischen Diskurs belebt.

Mein Dank gilt dem Historiker Gerhard Baumgartner, der sich des Stoffs angenommen hat, sowie den MitarbeiterInnen der ÖGPB, die am Zustandekommen dieser Publikation entscheidenden Anteil hatten.

Mein besonderer Dank gilt all jenen, die in den letzten 30 Jahren mit Ver-  
ve das faszinierende Projekt „Österreichische Gesellschaft für Politische Bil-  
dung“ gefördert, getragen, belebt und permanent weiterentwickelt haben.  
Wir werden sie auch in Zukunft dringend brauchen.

Mag. Gerald Leitner  
*Vorsitzender des Vorstandes der ÖGPB*



# Wagnis Demokratie

## 30 Jahre Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung

Gerhard Baumgartner

### 1.) „Heiß umfehdet, wild umstritten“

„Politische Bildung“ mit ihren Institutionen, AkteurInnen, theoretischen Diskursen und praktischen Verfahren war und ist eines der charakteristischen Phänomene der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung Österreichs in der zweiten Hälfte der Zweiten Republik. Sie war – in den Worten Christian W. Haepfners<sup>1</sup> – ein typisches Produkt der Ablösung einer Phase der so genannten „konventionell- institutionalisierten“ staatsbürgerlichen Partizipation am politischen Willensbildungsprozess zwischen 1945 und 1969 durch eine Phase der „individuellen Partizipation“, in der politische Mitbestimmung nicht länger auf die – meist gesetzlich verpflichtende – Teilnahme der StaatsbürgerInnen an periodischen Wahlen beschränkt werden konnte und sollte.

Einen der Auslöser für diese Entwicklung bildete der seit der Mitte der 1960er Jahre sich immer schneller vollziehende Wechsel der Beschäftigten aus dem traditionellen Beschäftigungssektor – als Selbständige, Haushaltshilfen, landwirtschaftliche ArbeiterInnen sowie Hausfrauen ohne eigenes Einkommen – in den modernen Sektor als lohnabhängige ArbeiterInnen und Angestellte. Lohnarbeit entwickelte sich immer stärker zu einer verlässlichen und sicheren Lebensgrundlage. Diese mit einem steigenden Trend zur Dienstleistungsarbeit gekoppelte Entwicklung – politisch von der Sozialdemokratie begrüßt und aktiv vorangetrieben – ließ in Österreich in den 1970er Jahren die Vorstellung von einer Wohlstandsgesellschaft entstehen, die dem Großteil der Bevölkerung angenehme „Mittelklassejobs“ unter verbesserten Lebensbedingungen versprach. Österreich durchlief in den 1970er Jahren einen „verspäteten Modernisierungsschub“<sup>2</sup>, der ihm den Anschluss an den Lebensstandard westeuropäischer Industriestaaten bescherte. *„Die 1970er Jahre waren eine Art goldenes Zeitalter der Modernisierung für Österreich. Der in den Visionen des 19. Jahrhunderts vorweggenommene gesellschaftliche Fortschritt kam in dieser Periode gewissermaßen zu seiner Vollendung, unter Bedingungen hoher Prosperität und sozialen Friedens. Dies war allerdings*

*der Abschluss einer Entwicklung und nicht der Auftakt zu einer gleichgearteten Zukunft ...(...) Die 1970er Jahre waren so etwas wie der Ausklang der guten alten modernen Gesellschaft in Österreich, und Bundeskanzler Kreisky war ihr letzter Kaiser.*<sup>3</sup> Der von Bruno Kreisky geführten SPÖ gelang es, die durch das massive Anwachsen des Dienstleistungssektors ausgelöste langsame Erosion der traditionellen politischen Lager für sich zu nutzen und weite Teile der Angestellten und BeamtInnen, des liberalen Bürgertums und sogar der KatholikInnen für sich zu gewinnen. Durch die seit 1967 laufende Programmarbeit der „1.400 Experten“ und die von ihnen ausgearbeiteten Wirtschafts-, Schul-, Human- und Justizprogramme sowie durch ein Hochschul- und Justizreformkonzept präsentierte sich die Partei sowohl sozial als auch liberal und konnte viele Wähler dafür gewinnen, „ein Stück des Weges gemeinsam mitzugehen!“<sup>4</sup> Die von Bruno Kreisky geführten Regierungen begannen in der Folge, die von einer heterogenen Wählerschaft erwarteten Reformen zur Liberalisierung und Demokratisierung<sup>5</sup> der österreichischen Gesellschaft umzusetzen.

Im Rahmen dieses Konzepts der Demokratisierung aller Lebensbereiche spielte das Instrumentarium der „politischen Bildung“ eine Schlüsselrolle. Hatte politische Partizipation in den 1940er bis 1960er Jahren hauptsächlich darin bestanden, dass die WählerInnen alle vier Jahre die politischen Parteien ermächtigten, quasi repräsentativ für sie zu handeln, sollten nun mündige BürgerInnen auf allen Ebenen der Politik und Verwaltung von Fall zu Fall selbst Entscheidungen treffen, wie zum Beispiel in den sich seit den 1970er Jahren häufenden Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene. In der langsam auslaufenden Phase der institutionellen, repräsentativen politischen Partizipation hatten die großen und sehr hierarchisch strukturierten Parteien, Verbände und Organisationen die Aufgabe gehabt, ihre jeweilige Klientel nur regelmäßig zur Stimmenabgabe zu bewegen. Nun aber mussten sie immer öfter Kontakt mit ihren Mitgliedern aufnehmen und zahlreiche Sachfragen mit diesen diskutieren und abstimmen. Das Instrument der „politischen Bildung“ sollte die immer öfter über komplexe Zusammenhänge abstimmenden BürgerInnen befähigen, auf der Basis wissenschaftlich gesicherter Kenntnisse ihre Interessen mündig zu vertreten.<sup>6</sup> Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Implementierung des Instruments der „politischen Bildung“ in den 1970er Jahren von der SPÖ keineswegs einseitig und über die Köpfe der anderen Parteien hinweg durchgepeitscht wurde. Wenn immer möglich, vermied es die SPÖ, die stetig stärker wachsende Schicht der so genannten Wechsel-

wähler durch radikale Schritte zu verschrecken, und versuchte eher, konsensuale Ergebnisse zu erzielen. Fast ängstlich war die SPÖ unter Bruno Kreisky bedacht, die neue Allianz von heterogenen Wählergruppen, die sie an die Macht gebracht hatte, nicht zu gefährden. Begünstigt wurden dieses Aufgeben des traditionellen Lagerdenkens und die Umorientierung auf neue, sachbezogene Wählerallianzen – also das Entstehen des so genannten „Wechselwählers“ – auch durch den Wandel des gesellschaftspolitischen Standorts der katholischen Kirche. Der Wiener Kardinal Franz König charakterisierte damals seine Abkehr vom klassischen politischen Katholizismus und den Wandel zu einer „Äquidistanz“ zu allen politischen Lagern mit den Worten: „Ich bin kein politisierender Bischof, sondern ein politischer Bischof“.<sup>7</sup> Gemäß diesem Verständnis lockerte die Kirche ihr traditionelles Naheverhältnis zu einem politischen Lager und äußerte sich in unabhängiger Weise zu kulturpolitischen und sozialen Fragen. Es lag nun nicht mehr nur an der Kirche, ihre Nähe zu einer Partei zu demonstrieren, sondern vielmehr an den Parteien und politischen Kräften, ihre Nähe oder Distanz zu Positionen der einzelnen Glaubensgemeinschaften zu definieren. Die in den öffentlichen Debatten um die politischen Reformen der 1970er Jahre geführten Diskurse und die dabei sichtbar werdende Nähe beziehungsweise Distanz zu Positionen der verschiedenen Glaubensgemeinschaften illustrieren eindrucksvoll die neuen Allianzen heterogener Bevölkerungsgruppen mit einzelnen Parteien.

Ein zweites markantes Charakteristikum der gesellschaftlichen Veränderung war die seit den späten 1960er Jahren beobachtbare Abkehr weiter Teile der Jugend von traditionellen Formen der politischen Mobilisierung und Partizipation, die von politischen Funktionären oft irrtümlich als „politisches Desinteresse der Jugend“ beklagt wurde. Folglich wurde die Wiedereinbindung der Jugend in politische Prozesse zu einem der zentralen Anliegen des Konzepts der „politischen Bildung“.

Die Umsetzung des Konzeptes der „politischen Bildung“ konzentrierte sich von Anfang an auf drei Bereiche, nämlich die klassischen politischen Parteien, die schulischen Institutionen und die Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Die 1973 erfolgte Einrichtung der „politischen Akademien“ der einzelnen politischen Parteien darf als ein traditioneller Versuch verstanden werden, jenen Nachwuchs an Wählern und politischen Funktionären sicher zu stellen, der durch die Aufweichung und Zersplitterung der politischen Vorfeldorganisationen seit Ende der 1960er Jahre eingetreten war. Heftig umstritten war vor allem die Implementierung der politischen Bildung im

schulischen System. Da bereits 1970 „Politische Bildung“ als unverbindliche Übung an den Allgemeinbildenden Höheren Schulen eingeführt worden war, eine Einführung als Pflichtgegenstand an den Schulen aber 1974 am Widerstand der anderen Parlamentsparteien scheiterte, mündeten die Diskussionen schließlich in einen Entwurf zur Einführung der „politischen Bildung“ als übergreifendes Unterrichtsprinzip für alle Unterrichtsgegenstände an allen Schulen. Der erste, 1976 vorgelegte Entwurf des Ministeriums löste heftige Kontroversen und Widerstände der Opposition sowie verschiedener Interessensverbände aus, konnte aber schließlich doch – nachdem ein Konsens aller drei Parlamentsparteien erzielt worden war –, 1978 von Unterrichtsminister Fred Sinowatz unterzeichnet werden.<sup>8</sup> Das dem Erlass zugrunde liegende Politikverständnis formulierte der Grundsatzterlass „Politische Bildung in den Schulen“ folgendermaßen:

*„Wesentliche Anliegen der Politischen Bildung sind die Erziehung zu einem demokratisch-fundierten Österreichbewußtsein, zu einem gesamteuropäischen Denken und zu einer Weltoffenheit, die vom Verständnis für die existenziellen Probleme der Menschen getragen ist. Politische Bildung ist einem Demokratieverständnis verpflichtet, das in der Anerkennung legitimer Herrschaft und Autorität keinen Widerspruch zur postulierten Identität von Regierenden und Regierten sieht. Im Mittelpunkt aber steht die Frage, wodurch Herrschaft und Autorität von der Gesellschaft als rechtmäßig anerkannt werden: in einem demokratischen Gemeinwesen wird unabänderliches Merkmal sein, daß Autorität und Herrschaft aus der Quelle der freien Bestellung, der freien Kontrolle und der freien Abrufbarkeit durch die Regierten bzw. durch die von diesen eingesetzten Organe geschöpft werden. Dabei wird ein demokratisches Regierungssystem umso erfolgreicher arbeiten können, je mehr der Gedanke der Demokratie auch in anderen Bereichen der Gesellschaft anerkannt wird.“<sup>9</sup>*

Die politischen Querelen um die genaue Formulierung dieses Erlasses, bei denen neben den politischen Parteien auch die Interessensvertretungen der Lehrerschaft, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Bünde und Kammern zu Wort kamen, illustrieren – neben der schwer auf die Probe gestellten Konsensbereitschaft der SPÖ – auch die in vielen Gesellschaftsschichten damals noch verbreiteten Ängste und Widerstände gegen „politische Bildung“ an sich. Lehrer und Lehrerinnen befürchteten die Einführung einer „Konfliktpädagogik“<sup>10</sup>, ein Passus über die „Kenntnis der eigenen Rechte“ der Schülerinnen und Schüler musste ersatzlos gestrichen werden, die vom

Ministerium erarbeitete Literaturliste wurde erst gar nicht publiziert, und um die Unterrichtsbehelfe zur „politischen Bildung“ schwelte auch nach 1978 ein jahrelanger Streit, in dem sich ähnlich wie in der Bundesrepublik Deutschland<sup>11</sup> einzelne Bundesländer weigerten, diese an den Schulen zum Einsatz zu bringen.

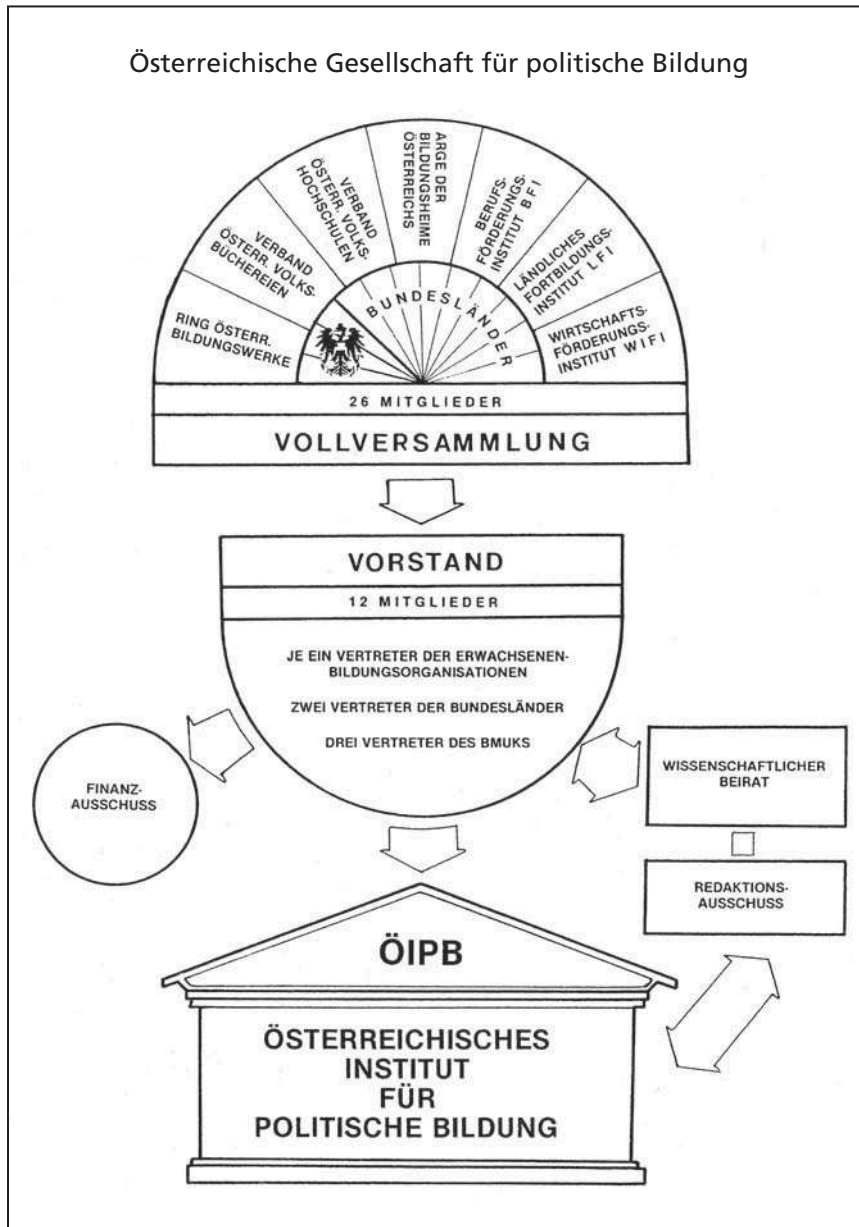
## **2.) Das Österreichische Institut für politische Bildung 1978 - 1991**

In der Öffentlichkeit weit weniger umstritten – wohl auch weil weit weniger wahrgenommen – war die Implementierung der „politischen Bildung“ im Bereich der Erwachsenenbildung, deren finanzielle Basis 1973 mit einem Bundesgesetz<sup>12</sup> geregelt wurde. Als erster konkreter Schritt erfolgte 1977 die Gründung der *Österreichischen Gesellschaft für politische Bildung (ÖGPB)*, die als Trägerverein für das 1978 ins Leben gerufene *Österreichische Institut für politische Bildung (ÖIPB)* im burgenländischen Mattersburg fungierte.

Die damalige Organisationsstruktur der ÖGPB und ihres Institutes ist ein beredtes Beispiel dafür, dass es selbst gegen Ende der 1970er Jahre noch nicht möglich war, hierbei völlig neue, von den herrschenden politischen Eliten unabhängige Strukturen zu implementieren. Sowohl SPÖ als auch ÖVP waren anscheinend noch immer Denkmustern konventionell-institutioneller Partizipation, beziehungsweise den Gepflogenheiten proporzpolitischer Gewaltenteilung verhaftet, die sowohl in der komplizierten Struktur der Institution als auch in der personalen Besetzung zum Ausdruck kamen.

Die Vollversammlung der ÖGPB war praktisch ein Spiegelbild österreichischer Gewaltenteilung und Konsenspolitik. Ihre 26 Mitglieder setzten sich aus je einem Vertreter der neun Bundesländer sowie drei Vertretern des Bundes zusammen, sowie aus je zwei Vertretern der sich an der ÖGPB beteiligenden Erwachsenenbildungsinstitutionen, dem *Ring Österreichischer Bildungswerke*, dem *Verband Österreichischer Volksbüchereien*, dem *Verband österreichischer Volkshochschulen*, der *Arbeitsgemeinschaft der Bildungsheime Österreichs*, dem *Berufsförderungsinstitut-BFI*, dem *Ländlichen Fortbildungsinstitut-LFI* sowie dem *Wirtschaftsförderungsinstitut-WIFI*. Im Vorstand vertreten waren je ein Repräsentant dieser Erwachsenenbildungsverbände, zwei Vertreter aus den Reihen der Bundesländer und drei Vertreter des Bundes.

## Strukturdiagramm der ÖGPB 1977 - 1991<sup>13</sup>



Daneben gab es einen dem Vorstand gegenüber verantwortlichen wissenschaftlichen Beirat, einen Finanzausschuss sowie einen für die Publikationen des Institutes zuständigen Redaktionsausschuss. Am Institut vorerst nicht beteiligt waren die Institutionen katholischer Erwachsenenbildung, die *Österreichische Volkswirtschaftliche Gesellschaft* sowie der der Arbeiterkammer und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund nahestehende *Verband der österreichischen Schulungs- und Bildungshäuser*.<sup>14</sup> Der Logik großkoalitionären Proporz folgend rekrutierten sich die Direktoren Dr. Walter Göhring, Dr. Werner Pfeifenberger, Dkfm. Alfred Stirnemann und Mag. Helmut Guth – es gab natürlich immer deren zwei – aus dem Mitarbeiterstab der politischen Akademien der SPÖ und der ÖVP, die außerdem noch weitere MitarbeiterInnen in den aus maximal fünfzehn Mitgliedern bestehenden wissenschaftlichen Beirat entsandten. Erster Vorsitzender der ÖGPB wurde der damalige Bundesminister für Unterricht und Kunst, Dr. Fred Sinowatz. Die Herauslösung der „politischen Bildung“ aus den Fängen der traditionellen Parteipolitik, eines der erklärten Ziele des Konzepts, schien damit – zumindest vorübergehend – gescheitert.

Rückblickend erscheint es wenig überraschend, dass die Breitenwirkung des ÖIPB einige Zeit auf sich warten ließ, waren doch seine Aufgaben mit Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit, Publikationen und der Durchführung von Projekten und Untersuchungen zum Thema politische Bildung nur sehr vage umrissen. In den ersten Jahren seines Bestehens kam das Institut über die Abhaltung von zwei Enqueten zur Lage der politischen Bildung in Österreich, die Kontaktaufnahme mit Partnerinstitutionen im Ausland und die Durchführung einer eher mager ausgefallenen Studie zur „Effizienz politischer Bildung“<sup>15</sup> in Österreich nicht hinaus. Die komplizierte und proporzpolitisch ritualisierte Arbeit des Institutes wurde in einer Informationsbroschüre der katholischen Erwachsenenbildung in einer mit „Gruselecke“ überschriebenen Glosse wie folgt karikiert:

*„Was ein ordentliches Institut ist, braucht ein ordentliches Haus – mit ein paar ordentlichen Büros und einer ordentlichen Bibliothek. Und damit alles ordentlich ausgewogen ist, einen Direktor von links und einen von rechts und einen Vorstand und einen wissenschaftlichen Beirat und immer schön einen von links und einen von rechts. Das ist alles natürlich recht kompliziert und braucht seine Weile – also warteten die vielen kleinen Erwachsenenbildner und die Leute geduldig.*

*Bald hörte man landauf, landab vom schönen, neuen Institut. Die neuen Direktoren besuchten sogar viele kleine Erwachsenenbildner und fragten um Ideen, und viele neue Projekte wurden entworfen und eingereicht und gesammelt, und der neue Vorstand war fleißig und überlegte und der neue wissenschaftliche Beirat tat ebenso. So fleißig wurde da gearbeitet, daß da – eh man sich's versah – zu viele Ideen da waren. Also mußte man die wichtigsten davon aussuchen – und die Direktoren suchten aus und viele kleine Erwachsenenbildner wurden zum Aussuchen gebeten und der Vorstand suchte aus und der wissenschaftliche Beirat suchte aus. Und weil das alles natürlich recht kompliziert war und seine Weile brauchte, warteten die vielen kleinen Erwachsenenbildner und die Leute weiterhin geduldig und neugierig.“<sup>16</sup>*

Die inhaltliche Ausrichtung des ÖIPB in den ersten Jahren seines Bestehens lässt sich anhand der jährlich wechselnden Schwerpunktthemen nachvollziehen:

Schwerpunktthemen 1980:

„Politische Bildung in der Familie“, „Österreichische Zeitgeschichte“ (25 Jahre Staatsvertragsunterzeichnung), „Das politische System Österreichs“, „Medien, Massenmedien, Medienpolitik“

Schwerpunktthemen 1981:

„Humanisierung der Arbeitswelt“, „Effizienz politischer Bildung“, „Die Botschaft der Medien“

Schwerpunktthemen 1982:

„Arbeiterbildung und politische Bildung“, „Frieden – Eine Utopie“, „Ökologie und Umweltbewußtsein“, „Die außenpolitische Stellung Österreichs“

Schwerpunktthemen 1983:

„Mikroelektronik“, „Grün-Alternative Bewegungen in Österreich“

Schwerpunktthemen 1984:

„Kulturpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, „Anders Arbeiten – Anders Lernen“, „Parteienprofile im Wandel“, „Bürger zwischen Kontrollinstanzen und individueller Freiheit“

Schwerpunktthemen 1985:

„Österreich 1945 – 1955 – 1985“



Schwerpunktthemen 1986:  
„Sport und Politik“, „Volksgruppen“

Schwerpunktthemen 1987:  
„Dritte Welt“, „Gesellschaftspolitischer Stellenwert der Erwachsenenbildung“,  
„Den Frieden lernen“, „1938 - 1988 Vom Umgang mit der Vergangenheit“

Schwerpunktthemen im „Gedankenjahr“ 1988:  
„März 1938 – Fakten und Hintergründe“, „Wirtschaft verstehen“, „Europäische Integration“

Schwerpunktthemen 1989:  
„Was bleibt vom Gedankenjahr“, „Gemeinwesen – Entwicklung“, „Umwelt schützen“, „Chancen und Risiken der europäischen Integration“

Schwerpunktthemen 1990:  
„Arbeit und Wirtschaft heute“, „Demokratie“, „Politikfeld Verkehr“, „Ungarn im Wandel“

Schwerpunktthemen 1991:  
„Unser täglich Brot“, „Die neue Tschechische und Slowakische Föderative Republik“

Zwar spiegeln die inhaltlichen Schwerpunktsetzungen des ÖIPB zwischen 1980 und 1991 die politischen Ereignisse jener Jahre wieder, jedoch auch der großkoalitionäre Charakter des Institutes wird darin sichtbar, lassen sich deutliche Spuren bestimmter politischer Positionen der beiden Großparteien ausmachen. Die Themenschwerpunkte der Anfangsjahre wie „25 Jahre Staatsvertragsunterzeichnung“, „Das politische System Österreichs“, „Medien, Massenmedien, Medienpolitik“ und „Die Botschaft der Medien“ stammten noch eindeutig aus dem klassischen Repertoire der Staatsbürgerkunde. Aber schon bald begann das Institut, aktuelle Ereignisse in Österreich zu berücksichtigen. Noch vor der ersten Kandidatur der österreichischen Grünen zu den Nationalratswahlen 1983 reagierte das ÖIPB mit den Schwerpunktthemen „Ökologie und Umweltbewußtsein“ (1982) und „Grün-Alternative Bewegungen in Österreich“ (1983) auf ein Phänomen, dem beide Großparteien damals etwas überrascht und hilflos gegenüber standen. Auch die Themen der sich stetig zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen den Großparteien SPÖ und ÖVP begannen – natürlich konsensual abgeschwächt

– Eingang in die Arbeit des Institutes zu finden. Die großen Skandale und Korruptionsaffären der 1980er Jahre wie der *AKH-Skandal* oder die *Lucona-Affäre* – hauptsächlich im Umfeld der SPÖ angesiedelt und durch eine neu konsolidierte und neoliberal antietatistisch orientierte ÖVP unter Alois Mock mit dem Slogan „Macht braucht Kontrolle“ heftig kritisiert – fanden ihren Widerhall in Themen wie „Bürger zwischen Kontrollinstanzen und individueller Freiheit“ (1984), die von der SPÖ losgetretene *Waldheim-Affäre* im Themenschwerpunkt „1938 - 1988 Vom Umgang mit der Vergangenheit“ (1987 - 1988). Die von ÖVP und SPÖ Ende der 1980er Jahre gemeinsam getragene Politik der europäischen Integration – Bundeskanzler Franz Vranitzky und Vizekanzler Josef Riegler unterzeichneten 1989 eine gemeinsame „Parteienvereinbarung zwischen ÖVP und SPÖ zur weiteren Vorgangsweise in der Integrationspolitik“<sup>17</sup> – sekundierte das ÖIPB mit Schwerpunkten wie „Europäische Integration“ (1988) und „Chancen und Risiken der europäischen Integration“ (1989).

Ebenso interessant wie die gesetzten inhaltlichen Themenschwerpunkte erscheinen die augenfälligen Lücken im Programm, jene Themen, die das politische Klima der 1980er Jahre wesentlich mitbestimmt haben, die aber in der Arbeit des Institutes keinen, oder nur geringfügigen Niederschlag gefunden haben. Hierzu zählen heiß umkämpfte Themen wie die

- a) Atompolitik  
(Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf 1978, Österreichisches Atomsperrgesetz 1984, Massenproteste gegen das bayrische Kernkraftwerk Wackersdorf mit drei Toten 1986, Reaktorunfall Tschernobyl 1986, Inbetriebnahme der Reaktoren im slowakischen Bohunice 1987),
- b) Instrumentarien direkter Demokratie,
- c) Menschenrechte,
- d) Zivildienstdebatte,
- e) Terrorismus der RAF (Rote Armee Fraktion) und ähnlicher Gruppen  
(OPEC-Überfall 1975 in Wien, Verhaftung von Waltraud Book bei einem Banküberfall in Wien 1976, die so genannte „Palmer's Entführung“ 1977 in Wien, Terroranschläge und Ermordungen von deutschen Managern und Politikern ab 1977 bis in die 1990er Jahre, Ermordung Aldo Moros 1978, Zerschlagung der italienischen Brigade Rosse 1982/83, Terror der belgischen Cellules Communistes Combattantes (CCC) gegen Nato-Einrichtungen in Europa),
- f) Terroranschläge palästinensischer Gruppen

(Ermordung von Heinz Nittel in Wien 1981, Anschlag auf die Synagoge in Wien mit 2 Toten 1981, Anschlag auf den Flughafen Wien-Schwechat mit 4 Toten 1985),

- g) Ermordung dreier kurdischer Exilpolitiker in Wien 1989,
- h) Jugendproteste und Hausbesetzungen  
(Arena-Besetzung 1976, WUK-Besetzung 1981, zahlreiche Hausbesetzungen in den 1980er Jahren, Opernballdemonstrationen),
- i) Besetzung der Hainburger Au zur Verhinderung des Donaukraftwerkes 1984.

Anscheinend konnten sich die den Großparteien nahe stehenden Vorstandsmitglieder und Beiräte aus den Kreisen der ÖVP und SPÖ auf keine gemeinsame Annäherung an diese Themen einigen.

Die Tatsache, dass auch die Entstehung einer demokratischen Opposition in Osteuropa und schließlich der Zusammenbruch der sozialistischen Regimes in diesen Ländern am ÖIPB nur ansatzweise thematisiert wurden – obwohl zwischen 1986 und 1989 eine der wichtigsten KSZE-Konferenzen zu diesem Thema in Wien stattfand, und die österreichische Außenpolitik eine treibende Kraft des so genannten *Helsinki-Prozesses*<sup>18</sup> war – dürfte wohl auf die damalige rigide und streng formalistische außenpolitische Haltung der SPÖ gegenüber oppositionellen Bewegungen in Osteuropa zurückzuführen sein. Zwar organisierte das ÖIPB mehrere Tagungen zu diesem Fragenkreis, wie etwa „Ungarn im Wandel“ (1990) oder „Die neue Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ (1991), blieb aber insgesamt weit hinter den Initiativen ÖVP-naher Bildungseinrichtungen und akademischer Institutionen zurück. Völlig negiert wurden auch die Entwicklungen in jenem Grenzland Österreichs, das sich in den 1990er Jahren zum tragischen Krisenherd Europas entwickeln sollte, nämlich Jugoslawien. Weder die politischen Umgestaltungen nach dem Tod Josip Broz Titos 1980 noch die mit der Auseinandersetzung um den Autonomiestatus der Vojvodina 1989 beginnenden innenpolitischen Konflikte wurden auch nur ansatzweise thematisiert – und das, obwohl die aus Jugoslawien stammenden 166.000 ArbeitnehmerInnen 1981 bereits die größte Gruppe der in Österreich lebenden AusländerInnen bildeten.<sup>19</sup> Begriffe wie Balkan, Jugoslawien oder Gastarbeiter kamen in den Programmen des ÖIPB bis 1991 nicht vor. Abgesehen von einer mit der deutschen Bundeszentrale für Politische Bildung abgehaltenen Tagung unter dem bezeichnenden Titel „Wir und die Fremden – Feindbilder, Toleranz und politische Bildung“ (1990), gilt auch für das ÖIPB der von Hakan Gürses formulierte summarische Befund

zur verweigeren Auseinandersetzung mit den seit Jahrzehnten in Österreich lebenden „Gastarbeitern“:

*„Nicht dass sie nicht sprachen. Nur wurde ihre Rede als kulturelles Gemurmel verstanden, als täglicher Beweis ihrer Differenz. Ihr Gespräch musste ein leiser Monolog bleiben, da niemand daran interessiert zu sein schien, es als solches wahrzunehmen.“<sup>20</sup>*

Immer wieder geäußerte Vorwürfe, dass das ÖIPB praxisfern und realitätsfremd sei, dürften zu einem guten Teil auf die Ausklammerung oder besser Ausblendung dieser wichtigen Politik- und Konfliktfelder zurückzuführen sein. Zwar wurde bereits auf der zweiten Enquete zur politischen Bildung 1985 das Fehlen der Themen „...Flüchtlingsfragen, Gastarbeiterproblematik, Terror...“ explizit als Defizit der Erwachsenenbildung moniert, in der Arbeit des Institutes wurden sie aber trotzdem auch weiterhin nicht berücksichtigt. Die politischen Eliten Österreichs konnten oder wollten diese Fragen in den 1980er Jahren aus verschiedenen Gründen nicht thematisieren – und schon gar nicht konsensual –, und das von ihnen weitgehend kontrollierte ÖIPB konnte sich bis zu seinem Ende 1991 nie aus dieser Bevormundung emanzipieren.

### **3.) Zwischenbilanz 1991**

Dennoch gelang es dem Institut, wichtige Impulse für die öffentliche politische Diskussion und die Ausrichtung der politischen Bildung zu setzen, die zum Teil bis heute richtungsweisend geblieben sind. Hier ist an erster Stelle die kritische Auseinandersetzung mit den Themen der bis in die 1980er Jahre weitgehend ausgebliebenen Vergangenheitsbewältigung zu nennen. Mit zahlreichen Veranstaltungen und Seminaren – *„Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung, 1933 - 1945“* (1982), *„Österreich 1945 - 1985, Geschichte begreifen, Vergangenheit bewältigen“* (1985), *„Zeitgeschichte-aktuell“* (1985), *„1938/88 – Vergangenheitsverarbeitung am Beispiel des Nationalsozialismus in Österreich“* (1988), *„1938/88 – Vergangenheit aufarbeiten, Zukunft bewältigen“* (1988), *Was bleibt vom Gedenkjahr“* (1989), *„Der Hitler-Stalin-Pakt“* (1989) – trug das ÖIPB dazu bei, unter den österreichischen ErwachsenenbildnerInnen Interesse und Verständnis für die Notwendigkeit dieser Diskussion in allen Bereichen zu wecken, dafür zahlreiche Lehrmittelbehelfe zur Verfügung zu stellen und diese

„opinion leaders“ auch didaktisch für diese Aufgabe zu schulen. Die damals am ÖIPB entstandenen Plakatserien zu zeitgeschichtlichen Themen sind ErwachsenenbildnerInnen bis heute in guter Erinnerung und kamen sowohl in der Erwachsenenbildung als auch im Schulunterricht immer wieder zum Einsatz. Kritische Vergangenheitsbewältigung war in den 1980er Jahren ein akademisches Minderheitenprogramm und traf in Parteien, Interessensvertretungen und selbst in manchen Erwachsenenbildungsorganisationen, wenn nicht auf offene Ablehnung, so doch auf Widerstand und Abwehr, wahrscheinlich wegen ihres völlig unabschätzbaren Konfliktpotenzials. So monierten die Vertreterinnen und Vertreter österreichischer Erwachsenenbildungseinrichtungen bei der zweiten Enquete zur politischen Bildung 1985 als einzigen konkreten inhaltlichen Kritikpunkt an der Arbeit des ÖIPB eine „Überakzentuierung der Zeitgeschichte“. Dass das Institut trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen dennoch beherzt an den heiklen Themen der Vergangenheitsbewältigung festhielt, dürfte dem Umstand zu verdanken sein, dass sich unter den Mitgliedern des Vorstandes und Wissenschaftlichen Beirates engagierte ProponentInnen für die Auseinandersetzung mit diesen Themen einsetzten, und dass unter den federführenden MeinungsbildnerInnen der beiden Großparteien bereits in den 1980er Jahren Konsens darüber herrschte, dass an einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der österreichischen Kriegs- und Nachkriegsgeschichte über kurz oder lang kein Weg vorbeiführen könne. Aktuelle Anlässe, wie etwa das 1988 vom Unterrichtsministerium propagierte „Jahr der Zeitgeschichte“, boten einen willkommenen Rahmen für diese Initiativen.

Auch ein anderer – wie sich später weisen sollte, für die weitere Entwicklung der ÖGPB zukunftsweisender – Umstand begann sich bereits zu Beginn der 1980er Jahre abzuzeichnen. Das als wissenschaftliches Institut der Erwachsenenbildung konzipierte ÖIPB begann bereits 1983, auch Aufgaben für die Fort- und Weiterbildung der LehrerInnen an den öffentlichen Schulen zu übernehmen. Als Ausgabe 3-4/1983 der Zeitschrift „Politische Bildung“ wurde ein so genanntes „Vademekum – Ein Handbuch zur politischen Bildung“ veröffentlicht, das auch LehrerInnen – und nicht nur ErwachsenenbildnerInnen – die Verwirklichung der politischen Bildung im Sinne des Grundsatzes Politische Bildung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst ermöglichen bzw. erleichtern sollte. Aufgrund der massiven Widerstände gegen die Umsetzung des „Unterrichtsprinzips Politische Bildung“ wurde in diesem Bereich auch nie eine verbindlich geregelte Ausbildung für österreichische LehrerInnen geschaffen, so dass auch diese sehr bald das

Weiterbildungsangebot an Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen des ÖIPB zu nutzen begannen. Durch seine fachliche Kompetenz konnte das Institut diese Lücke füllen und so wesentlich zur Etablierung der politischen Bildung an den Schulen beitragen.

Eine kritische Analyse der wechselhaften Geschichte der politischen Bildung, der ÖGPB und des ÖIPB könnte leicht den irrigen Eindruck entstehen lassen, – ein Eindruck, der durch die plötzliche und ersatzlose Auflösung des ÖIPB 1991 auf den ersten Blick noch bekräftigt erscheint –, dass nämlich das Konzept der politischen Bildung, so wie es in den 1970er Jahren angedacht worden war, die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Im Rahmen des neuen Paradigmas der individuellen politischen Partizipation erwies sich die politische Bildung als brauchbares Instrumentarium zur Bewältigung jener zahlreichen politischen Konflikte und Entscheidungsprozesse, welche die immer schneller fortschreitende Modernisierung der österreichischen Wirtschaft und Gesellschaft mit sich brachte.

#### **4.) Exkurs: Der burgenländische Zertifikatskurs Politische Bildung**

Ein Musterbeispiel für eine gelungene Implementierung der politischen Bildung stellen die im Burgenland zwischen 1970 und 1990 abgehaltenen, so genannten „Zertifikatskurse für politische Bildung“<sup>21</sup> dar. Im Burgenland waren bereits seit 1969 gezielte Anstrengungen unternommen worden, um die politische Bildung strukturiert in die Erwachsenenbildung zu integrieren. Durch massive Anreize der burgenländischen Landesregierung<sup>22</sup> wurden hunderte Zertifikatskurse abgehalten, aus denen rund 600 AbsolventInnen hervorgingen. Organisiert wurden diese äußerst fundierten Kurse – bis zur Erreichung des VHS-Zertifikats dauerte es 7 Jahre – durch die 1971 eigens geschaffene Volkshochschule für politische Bildung. Die Kurse waren explizit auf ein regional- und lokalpolitisches Ziel ausgerichtet:

*„Erfassung kommunaler Strukturen und Prozesse an ihrer politischen, ökonomischen, soziologischen, kulturellen, geographischen Interdependenz und Bedingtheit mit dem Ziel, jene inhaltlichen und methodischen Qualifikationen zu erwerben, die zur Mitgestaltung und Veränderung der gegenwärtigen Verhältnisse notwendig sind, um eine Gesellschaft zu schaffen, die ein größeres Maß an Entscheidungsraum, Selbstbestimmung, Mitbestimmung,*

*Mitbeteiligung, Mitverantwortung, Interessenkontrolle, Interessenaustragung in allen Bereichen ermöglicht.* <sup>123</sup>

In den Kursen waren Bauern und Bäuerinnen, Selbständige und ArbeiterInnen ausgeglichen repräsentiert, Beamte und Angestellte, insbesondere aber Männer zwischen 20 und 49 Jahren überrepräsentiert und Frauen generell unterrepräsentiert. Die Kurse, die de facto als Fort- und Ausbildungsinstrument für Landesbedienstete sowie für Lokal- und RegionalpolitikerInnen fungierten, kollabierten nach dem Wegfall der beträchtlichen finanziellen Unterstützung durch die burgenländische Landesregierung im Jahre 1991 innerhalb kürzester Zeit. Langfristig gesehen aber schufen sie im Burgenland eine äußerst positive Grundeinstellung gegenüber den Möglichkeiten politischer Bildung und trugen wesentlich zur Modernisierung der Lokal- und Gemeindepolitik bei. Auch wenn von manchen Funktionsträgern nachträglich verteufelt – war doch das Regieren innerhalb der traditionellen, hierarchischen Strukturen und ohne aktive Bürgerbeteiligung so viel einfacher gewesen – trugen diese Kurse doch entscheidend zur Akzeptanz von Instrumenten der direkten Demokratie wie Volksabstimmung und Volksbefragung und damit zum Zustandekommen zahlreicher haltbarer Lösungen auf Kommunalebene bei.

## **5.) Exkurs: Gemeinwesenarbeit als eine Spielart politischer Bildung im ländlichen Raum**

Als eine weitere höchst erfolgreiche Strategie der Erwachsenenbildung, die durch den „Zauberlehrling“ politische Bildung in die Welt gesetzt wurde, sollte sich die so genannte Gemeinwesenarbeit erweisen. Als eine Mischform aus Sozialarbeit und Befähigung zur Selbstorganisation aus dem angelsächsischen Raum – insbesondere aus den zur aktiven Armutsbekämpfung entwickelten Community Development Projects – übernommen, entwickelte sich die Gemeinwesenarbeit in Österreich seit den 1970er Jahren zu einem wichtigen Tätigkeitsfeld der Erwachsenenbildungsinstitutionen, die auch in vielen ländlichen Gebieten zum Einsatz kam. Den Berührungspunkt mit der politischen Bildung lieferte dabei der beiden Ansätzen gemeinsame Anspruch, die Betroffenen zur Selbstorganisation sowie zur Formulierung und Ausverhandlung ihrer Interessen zu befähigen. Neben ihrem großen Problemlösungspotenzial, das aus dem Umstand resultiert, dass es sich dabei um einen „...autonomen Zusammenschluss von mündigen BürgerInnen...“ eines Gemeinwesens handelt, „...das

*sich gerade durch die Lösung von sozialen Konflikten lebendig weiterentwickelt...“; betont Dimiter Martin Hoffmann in seiner Analyse eines ländlichen Gemeinwesenarbeits-Projektes aus Oberösterreich<sup>24</sup> vor allem die langfristigen Effekte solcher Projekte: „Eine langsam sich entwickelnde Nachhaltigkeit von sozialer und politischer Sensibilität, verbunden mit einer kollektiven Kompetenz zur Mobilisierung von internen und externen Ressourcen...“<sup>25</sup>*

## **6.) Umstrukturierung und neue Anbindung 1991 - 2007**

Im Jahre 1991 geriet die ÖGPB in eine existentielle Krise. Aufgrund steigender Unzufriedenheit der Mitglieder, der Kritik an den aus der proporzpolitischen Struktur des Institutes resultierenden internen Problemen, einem kritischen Bericht des Rechnungshofes und schließlich aufgrund des Austritts mehrerer Bundesländer – erst Kärnten, dann Oberösterreich, Niederösterreich und schließlich Wien – wurde das ÖIPB „auf ganz unösterreichische Weise ersatzlos eingestellt“.<sup>26</sup> Schon 1985 hatten die Vertreter der Bundesländer und der Erwachsenenbildungsverbände Kritikpunkte formuliert. Diese richteten sich einerseits gegen den ungünstigen Standort des Institutes im burgenländischen Mattersburg, die fehlende Kommunikation mit den einzelnen Bundesländern und den mangelnden Output des Institutes an Lernmaterialien. Ein weiterer, damals schon geäußelter Kritikpunkt betraf die mangelnde Zusammenarbeit des ÖIPB mit den Schulen. Mitentscheidend für das Scheitern des Institutes dürfte neben seiner proporzpolitischen Zwangsjacke auch die Tatsache gewesen sein, dass die politische Bildung in der Erwachsenenbildung – mit Ausnahme der Bundesländer Wien, Burgenland und der Stadt Linz – damals eine absolut periphere Erscheinung<sup>27</sup> darstellte. Nach einer von Hans Knaller im Auftrag der Arbeits- und Forschungsstelle des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen erstellten Studie<sup>28</sup> waren im Jahr 1990/91 nur verschwindende 0,76 Prozent aller Bildungsangebote der österreichischen Volkshochschulen dem Bereich politische Bildung zurechenbar. Gemessen daran standen die finanziellen Aufwendungen der Länder für das ÖIPB – berechnet nach einem Verteilungsschlüssel 1/4 linear und 3/4 entsprechend der Bevölkerungszahl<sup>29</sup> – besonders für die größeren Bundesländer in einem groben Missverhältnis.

Die durch die Auflösung des ÖIPB verursachte Krise führte innerhalb der ÖGPB zu einem radikalen Reformprozess, wobei sich damals im Besonderen der Vertreter des Bundes, Dr. Johann Dvorák, sowie der Kurator des Wirt-



schaftsförderungsinstitutes, Dr. Franz Kirchmayr, für den Fortbestand der ÖGPB engagierten. Die ÖGPB blieb zwar bestehen, gab sich aber ein völlig neues Statut und bestimmte auch ihren Arbeitsbereich neu, der nun mit der Förderung von innovativen Projekten der politischen Erwachsenenbildung definiert wurde. Mit dieser Neuorientierung der ÖGPB wurde auch der Vorstand auf einen sechs Personen umfassenden Arbeitsvorstand verkleinert, der sich seither aus je zwei VertreterInnen des für Erwachsenenbildung zuständigen Ministeriums, der *Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ)* und der Mitgliedsbundesländer zusammensetzt.<sup>30</sup> Die Aufgaben des Vorstandes betreffen vorrangig die Ausschreibung und die Beschlussfassung über die eingereichten Projekte. Die bei der Projektfinanzierung zur Verteilung kommenden finanziellen Mittel werden aus den Mitgliedsbeiträgen der Bundesländer finanziert, die durch den Mitgliedsbeitrag des Bundes verdoppelt werden. Von den ausgetretenen Bundesländern traten 1994 Niederösterreich und 2001 auch Oberösterreich wieder der ÖGPB bei, nur Kärnten und Wien konnten noch nicht zur Mitarbeit gewonnen werden. Über die Zuerkennung der Fördermittel an die eingereichten Projekte entscheidet der Vorstand als Jury, wobei darauf geachtet wird, dass die zuerkannten Projektförderungen pro Bundesland in der Regel dem Eineinhalbfachen des Mitgliedsbeitrages dieses Bundeslands entsprechen. Für die beteiligten Bundesländer bedeutet diese neue Struktur eine wesentliche Verbesserung ihrer Position, da sie einerseits durch die unabhängige Jury des ÖGPB-Vorstandes eine qualitativ abgesicherte Verteilung der von ihnen bereitgestellten Fördermittel garantiert und andererseits auch noch die Möglichkeit zur Lukrierung weiterer Bundesfördermittel für Projekte aus dem Bundesland eröffnet.

Rückblickend betrachtet lässt sich feststellen, dass die ÖGPB die durch die Krise ausgelöste Reform zu einer Art Befreiungsschlag für die politische Bildung in Österreich aus der Gängelung durch die politischen Parteien zu nutzen wusste. Mittels der neuen Struktur konnte sowohl eine breitere Streuung der Fördermittel für politische Bildung als auch eine wesentliche Erweiterung der Themenpalette erreicht werden. Dies gelang durch eine möglichst flexible Ausgestaltung der Förderungsrichtlinien:

*„Gefördert werden im besonderen Bildungsmaßnahmen, die*

- a) inhaltlich und methodisch innovativ sind;*
- b) zur politischen Urteilsfähigkeit und Mitbestimmung beitragen;*
- c) sich mit geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen politischen Handelns auseinandersetzen;*



**Tabelle 2: Projektförderungen 1997 bis 1999**

Themenbereich	1997		1998		1999	
	eingereicht	gefördert	eingereicht	gefördert	eingereicht	gefördert
Österreich/Europa und EG/EU/Globalisierung	29	25	33	28	44	44
Politik international	4	3	4	2	4	2
Extremismen/Nationalism./Rechtsextrem./Fremdenfeindl.	18	16	5	3	8	3
Multikulturelle Gesellschaft/Minderheiten	20	20	9	10	7	7
Dritte Welt/Entwicklungspolitik	13	10	8	4	9	9
Menschenrechte	3	3	24	21	2	2
Konsum, Umwelt, Gesundheit, Ökologie	7	7	6	3	9	9
Politische Theorie und Praxis	22	19	15	12	20	20
Frauen/Mädchen in der Gesellschaft	15	12	13	11	14	14
Zeitgeschichte/Regionalgeschichte	12	10	17	15	10	10
Regionalismus/Föderalismus	13	10	6	6	7	7
Gemeindeentwicklung/Tourismus	5	4	4	3	1	2
Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften	2	1	6	5	3	3
Gesellschaft (Familie, Drogen, Jugend, Männer, Alte)	14	7	12	11	11	11
Arbeitswelt	13	9	7	7	13	13
EB/Neue Bildungsmöglichkeiten	7	4	4	3	7	7
Kultur	12	9	10	4	10	14
(Neue) Medien und Politik	2	2	5	5	2	2
Kirche/Ökumene/Religion	5	2	6	2	2	2
<b>Summen</b>	<b>216</b>	<b>173</b>	<b>194</b>	<b>155</b>	<b>183</b>	<b>181</b>

- d) die Fähigkeit zur Analyse politischer Strukturen und Prozesse fördern;
- e) demokratisches Bewußtsein und demokratisches Handeln fördern;
- f) sich mit der Durchsetzung der Menschenrechte befassen;
- g) Themen internationaler Politik aufgreifen.<sup>32</sup>

Die Fähigkeit der flexiblen Struktur, auf Erfordernisse gesellschaftlichen und politischen Wandels zu reagieren, lässt sich anhand eines Vergleichs mit den Förderungsrichtlinien der ÖGPB für das Jahr 2007 illustrieren:

*„Gefördert werden im besonderen Bildungsmaßnahmen, die mindestens drei der folgenden Aspekte aufweisen:*

- *Erwerb von Wissen über politische Strukturen und Prozesse;*
- *Förderung des Menschenrechtsbewusstseins und des demokratischen Handelns;*
- *Stärkung von politischer Analyse- und Urteilsfähigkeit sowie von kritischem Bewusstsein;*
- *Ermutigung zu politischer Partizipation und Vermittlung von Handlungskompetenz;*
- *Erlernen und Üben von sozialen Kompetenzen und Konfliktfähigkeit; Entwicklung von Zivilcourage und Engagement gegen Rassismus, Sexismus und allen anderen Formen von Diskriminierung.*<sup>33</sup>

Ein auffallender Unterschied der Rolle der ÖGPB seit Anfang der 1990er Jahre im Vergleich zum Wirkungsbereich der ÖGPB und seines Instituts ÖIPB vor 1991 besteht einerseits darin, dass die Adressatenstruktur neben den in der KEBÖ organisierten Institutionen der klassischen Erwachsenenbildung auch zahlreiche andere Vereine und Initiativen, Kultur- und Literaturhäuser, Minderheitenorganisationen, „Forum-Theater-Projekte“ oder Bürgerinitiativen umfasst. Abgelehnt wurden und werden jedoch Projektanträge politischer Parteien und ihrer Bildungseinrichtungen, da diese nach dem Parteiengesetz oder dem Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik finanziell unterstützt werden.<sup>34</sup> Gänzlich von der Förderung ausgeschlossen sind weiters, da derzeit nicht alle Bundesländer Mitglieder der ÖGPB sind, sämtliche Bundeseinrichtungen.

Auch konnte das Spektrum der politischen Bildungsarbeit auf Bereiche ausgedehnt werden, die in der Arbeit des ÖIPB – trotz der auf der Enquete zur Politischen Bildung 1985 explizit geäußelter diesbezüglicher Wünsche – völlig ausgeklammert blieben, wie etwa Themen zur Frauenförderung.

Allein zwischen 1992 und 1996 konnten insgesamt 22 Projekte von Fraueninitiativen und Frauenhäusern gefördert werden. In den Jahren 1996 bis 2003 machten Frauenförderungs- beziehungsweise Gleichstellungsprojekte bereits 9,1 % aller geförderten Ansuchen aus und lagen damit hinter den Themenbereichen „Österreich/EU/Globalisierung“ sowie „Politische Theorie und Praxis“ auf Platz 3 der von den AntragstellerInnen gewählten Themenschwerpunkte.

Diese Ausdifferenzierung der Themenbereiche politischer Bildung (siehe Tabelle 2, S. 27) illustriert recht anschaulich einen weiteren zu Beginn der 1990er Jahre eingetretenen Paradigmenwechsel der politischen Partizipation in Österreich, den Christian W. Haepfner als Übergang zur Phase der „postmodernen Demokratie und individuellen Partizipation“<sup>35</sup> bezeichnet. Sie ist geprägt durch einen zunehmenden Mobilisierungsverlust der politischen Eliten, vermehrte Optionen der politischen Teilhabe durch die BürgerInnen, einen im Vergleich zur Nachkriegszeit starken Bedeutungsverlust des Wahlaktes als Bestandteil der repräsentativen Demokratie und einen starken Bedeutungsgewinn für direkte und individuelle Formen der politischen Partizipation. Dabei schließen sich die unterschiedlichen politischen Akteure wie Regierung, Parlament, Parteien, Verbände, Medien, Bürgerinitiativen und BürgerInnen in unterschiedlichsten Formationen zusammen und bilden abwechselnde Koalitionen und Oppositionen. Typische Beispiele für die Mobilisierungskraft unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen jenseits konventioneller Parteigrenzen und repräsentativer politischer Institutionen waren das Lichtermeer 1993 oder die Kampagne gegen das slowakische Atomkraftwerk Mohovce.<sup>36</sup>

Die in den 1990er Jahren erfolgte stetige Ausweitung des Kreises der Förderer bei der ÖGPB scheint diesen Befund Haepfners zu bestätigen.<sup>37</sup> Im Jahre 2006 konnten bereits 150 von insgesamt 210 eingereichten Projekten in einer Höhe von € 300,- bis € 4.500,- gefördert werden, die zusammen eine ausgeschüttete Fördersumme von € 220.000,- erreichten. Auch für das Jahr 2007 lagen wiederum 211 Einreichungen aus den 7 Mitglieds-Bundesländern vor. Projektausschreibung, Auswahl, Abwicklung und Abrechnung werden seit 1992 in einem eigenen Büro in der Mayerhofgasse im 4. Wiener Gemeindebezirk abgewickelt.

Während sich die ÖGPB nach ihrer Umstrukturierung als zentrale Drehscheibe der politischen Bildung im Erwachsenenbildungsbereich etablier-

ten konnte, entstand durch die – von der Abteilung Politische Bildung des Unterrichtsministeriums in 1993 ins Leben gerufene – *Schulservicestelle für Unterrichtsprojekte zur Politischen Bildung und Zeitgeschichte* auch eine Koordinationsstelle für den schulischen Bereich. Durch die inhaltlich ähnlich gelagerte Arbeit der beiden Institutionen sowie ihre räumliche Nähe – beide Einrichtungen waren in einem Haus in der Mayerhofgasse im 4. Wiener Gemeindebezirk untergebracht – entstand bald eine rege inhaltliche und praktische Zusammenarbeit beider Institutionen. Noch weiter verstärkt wurde diese Kooperation auch durch zunehmende personelle Verflechtungen der beiden Einrichtungen. So war etwa Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Morawek als Leiterin der Abteilung Politische Bildung im Unterrichtsministerium einerseits direkte Auftraggeberin der Servicestelle, andererseits aber als Vertreterin des zuständigen Bundesministeriums auch Mitglied im Vorstand der ÖGPB. Auch MitarbeiterInnen der ÖGPB – wie etwa Mag.<sup>a</sup> Barbara Schöllenger – waren zeitweilig in beiden Einrichtungen beschäftigt. Dieses Naheverhältnis mündete im Jahre 2000 in eine völlige Eingliederung der *Schulservicestelle* in die ÖGPB und eine Umbenennung in *Servicestelle für Politische Bildung*, die sowohl für Schulen als auch Erwachsenenbildungseinrichtungen zuständig war. Doch bereits im Herbst 2001 wanderte – bedingt durch Umstrukturierungen im Bereich der Servicestellen des Unterrichtsministeriums – die *Servicestelle Politische Bildung* wieder von der ÖGPB ab und wurde gemeinsam mit der *Servicestelle Menschenrechtsbildung* an das Ludwig-Boltzmann-Institut für Menschenrechte angeschlossen. Bei der ÖGPB verblieb das *Informationszentrum Politische Bildung* als Servicestelle für politische Erwachsenenbildung. Nach einer internen Umstrukturierungsphase entstand daraus 2006 der heutige Geschäftsbereich „Bildungsangebote und Beratung“ der ÖGPB. Seit 2001 konnte das inhaltliche Angebot der ÖGPB für Erwachsenenbildung zu den Themenbereichen Zeitgeschichte, Internet und Politische Bildung, innovative Methoden für die Analyse und Vermittlung von Lerninhalten noch durch neue Serviceleistungen wie ReferentInnen-Pools, Themenrecherche und Unterstützung bei der Entwicklung von Projektideen ausgeweitet werden. Aktuell stehen folgende Aus- und Weiterbildungsworkshops zur Verfügung:

- Argumentationstraining gegen Stammtischparolen (TrainerInnen-Ausbildung)
- Politische Bildung frei Haus (zu aktuellen Schwerpunktthemen der politischen Bildung wie etwa dem Jahr des Interkulturellen Dialoges 2008)
- Das Politische im Web (Internetmodule)

- Gender Scanning für MitarbeiterInnen von Erwachsenenbildungseinrichtungen
- Biographiearbeit – Lebensgeschichte erinnern
- motion & emotion – bewegtes und erlebnisaktivierendes Lernen in der Politischen Bildung
- Train-the-Trainer-Workshops für BegleiterInnen in Basisbildungslehrgängen für funktionale AnalphabetInnen
- Interkulturelle Politikdidaktik in der Erwachsenenbildung (TTT-Workshop).

Sämtliche aktuellen Bildungsangebote sind auf der Homepage der ÖGPB unter der Adresse [www.politischebildung.at](http://www.politischebildung.at) abrufbar. Dort finden sich auch die Bedingungen und Schwerpunktthemen für die jährliche Ausschreibung zur Projektmittelvergabe samt einem Kalender mit den aktuellen Veranstaltungen der geförderten Projekte.

## 7.) Ein Kind seiner Zeit

Bei ihrer Gründung im Jahre 1977 wies die ÖGPB trotz ihres ausgewiesenen emanzipatorischen Anspruchs dennoch sämtliche strukturellen Merkmale einer proporzpolitischen, repräsentativen und streng hierarchisch gegliederten Institution auf. In Anlehnung an die These des Kulturtheoretikers und Lacan-Schülers Slavoj Žižek, dass sich die unbewussten Anteile des öffentlichen Diskurses nicht im Inhalt, sondern am Reinsten in der Form<sup>38</sup> äußern, könnte man die rigide Struktur und verbürokratisierte Wirkungsweise der ÖGPB und des ÖIPB in deren Gründungsphase als Manifestation der unbewussten Ängste der traditionellen politischen Eliten interpretieren. Als unbewusste Ängste vor jenem Machtverlust, den das von ihnen selbst initiierte Projekt politische Bildung herbeiführen könnte – und der in der Tat auch bald, wenngleich nicht unbedingt allein als Ergebnis der politischen Bildung, zu Beginn der 1990er Jahre immer klarer erkennbar wurde. Dass es die ÖGPB nach dem Zusammenbruch der nicht mehr zeitgemäßen Struktur im Jahre 1991 dennoch geschafft hat, als Akteurin der politischen Bildung zu überleben, ist wahrscheinlich einer Koalition von Akteuren der Zivilgesellschaft – hier den Verbänden der Erwachsenenbildung –, politisch engagierten VertreterInnen der Beamtenschaft sowie regionalen Eliten in einzelnen Bundesländern zu verdanken, die in den eineinhalb Jahrzehnten zwischen 1977 und 1991 die vielfältigen, konkret nutzbaren Ergebnisse eines Instrumentariums

der politischen Bildung kennen und schätzen gelernt hatten. Dass die ÖGPB in ihrer heutigen Form als von parteipolitischer Gängelung weitgehend freie, unabhängige Institution wirken kann, verdankt sie dieser ungewöhnlichen Koalition. Und damit ist sie nicht nur ein typischer Akteur, sondern selbst auch ein typisches Kind der postmodernen Form demokratiepolitischer Partizipation unserer Zeit.



## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Christian W. Haepfner, Politische Partizipation, in: Reinhard Sieder, Heinz Steinert und Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945-1995. Gesellschaft – Politik – Kultur, Wien 1995, 426-434.
- <sup>2</sup> Marina Fischer-Kowalski, Sozialer Wandel in den 1970er Jahren, in: Reinhard Sieder, Heinz Steinert und Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945-1995, wie Anm. 1, 200-212.
- <sup>3</sup> Ebenda, 210.
- <sup>4</sup> Robert Kriechbaumer, Österreichs Innenpolitik 1970-1975, München und Wien 1981, 20.
- <sup>5</sup> Hans Eder, Die Ära Kreisky, in: Reinhard Sieder, Heinz Steinert und Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945-1995, wie Anm. 1, 187.
- <sup>6</sup> Zu den staatlichen Initiativen zur Förderung der Erwachsenenbildung in den 1970er Jahren und dem Zustandekommen des diesbezüglichen Bundesgesetzes 1973 siehe Hans Altenhuber, Entwicklung, Struktur und Probleme der österreichischen Erwachsenenbildung, Wien 1975 (Sonderdruck), 9-10.
- <sup>7</sup> Paul M. Zulehner, Die Kirchen und die Politik, in: Reinhard Sieder, Heinz Steinert und Emmerich Tálos (Hg.), Österreich 1945-1995, wie Anm. 1, 525-536, hier 527.
- <sup>8</sup> Für eine detaillierte Darstellung der Diskussionen und Positionen im Zusammenhang mit dem Grundsatzterlass „Politische Bildung in den Schulen“ siehe: Andrea Wolf, Zur Geschichte der politischen Bildung an Österreichs Schulen, in: Andrea Wolf (Hg.), Der lange Anfang. 20 Jahre „Politische Bildung in den Schulen“, Wien 1998, 13-44.
- <sup>9</sup> Erlass des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vom 11.4.1978, GZ 33.464/6-19a/1978, Wiederverlautbarung mit GZ 33.466/103-V/4a/94.
- <sup>10</sup> Ralph Grossmann und Rudolf Wimmer, Schule und Politische Bildung 1/1979, 145.
- <sup>11</sup> Walter Gugel: Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland bis 1989, in: Andrea Wolf (Hg.), Der lange Anfang. 20 Jahre Politische Bildung in den Schulen, Wien 1998, 105-136.
- <sup>12</sup> Bundesgesetz über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln vom 21. März 1973, BGBl 171/1973.
- <sup>13</sup> „ÖIPB-Service: Materialien“, in: Politische Bildung 2/87, 132.
- <sup>14</sup> Materialien des Österreichischen Institutes für politische Bildung – Service, Politische Bildung 2/1987, 132-134.
- <sup>15</sup> Effizienz politischer Bildung, Politische Bildung 2-3/1981.

- <sup>16</sup> Bundesarbeitsgemeinschaft für Katholische Erwachsenenbildung in Österreich - BAKEB-Informationen, Heft 2, Dez. 1979, 17.
- <sup>17</sup> Walter Kleindel, Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien 1995, 519 (26.6.1989).
- <sup>18</sup> Bernard von Plate, OSZE und Europarat - Stabilität durch Krisenmanagement und Interessenausgleich, Informationen zur politischen Bildung 274, Bonn 2002.
- <sup>19</sup> August Gächter & Recherche Gruppe, Von Inlandsarbeiterschutzgesetz bis EURODAC-Abkommen, in: Hakan Gürses, Cornelia Kogoj und Silvia Mattl (Hg.), Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration, Wien 2004, 31-46, hier 38.
- <sup>20</sup> Hakan Gürses, Eine Geschichte zwischen Stille und Getöse, in: Hakan Gürses, Cornelia Kogoj und Silvia Mattl (Hg.), Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration, Wien 2004, 24-27, hier 25.
- <sup>21</sup> Landesverband Burgenländischer Volkshochschulen (Hg.), Das VHS-Zertifikat für politische Bildung, Eisenstadt 1970; vergleiche auch Elisabeth Deinhofer, Politische Basisbildung, ein weiterer Versuch? in: Hans Knaller (Hg.), Gegenkonzepte. Politische Bildung und Erwachsenenbildung, Wien 1998, 143-152.
- <sup>22</sup> Ebenda 144, 148. Den Absolventen des Zertifikatskurses wurde eine Prämie von ATS 5.000,- ( nach heutiger Kaufkraft etwa € 2.500,-) sowie im Falle von Landes- und Gemeindebeamten eine Übernahme in die Dienstgruppe A versprochen.
- <sup>23</sup> Festschrift 10 Jahre Landesverband Burgenländischer Volkshochschulen, Eisenstadt 1979, 25.
- <sup>24</sup> Dimiter Martin Hoffmann, Modellprojekt der Gemeinwesenarbeit in Schönau im Mühlviertel/O.Ö. – Ein Erinnerungsbericht, in: Anton Rohmoser, GemeinWesenArbeit im ländlichen Raum. Zeitgeschichtliche und aktuelle Modelle aus den Bereichen Bildung, Kultur, Sozialarbeit und Regionalentwicklung, Innsbruck, Wien, München und Bozen 2004, 135-145.
- <sup>25</sup> Ebenda, 144.
- <sup>26</sup> Wilhelm Filla, Begrüßungsrede zum Seminar „Neue Medien und Politische Bildung“ des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung 2001, Dokumentation „Neue Medien und Politische Bildung“ zusammengestellt von Johann Eder, Schriftenreihe der ÖGPB Nr.2/2001, Wien 2001, 1.
- <sup>27</sup> Wilhelm Filla, Ziele, Inhalte und Methoden politischer Bildung an Volkshochschulen im historischen Überblick, in: Hans Knaller (Hg.), Gegenkonzepte. Politische Bildung und Erwachsenenbildung, Wien 1998, 131-142, hier 140.
- <sup>28</sup> Hans Knaller, Programmankündigungen zur politischen Bildung an österreichischen Volkshochschulen, in: Wilhelm Filla, Anneliese Heilingner, Hans Knaller, Judita Löderer und Irene Schmözl (Hg.), Jahrbuch Volkshochschule 1992, 53.
- <sup>29</sup> Siehe dazu etwa Beschluss der Salzburger Landesregierung vom 19. April 1977, Zl. 0.90-R 1030/7-1977.

- <sup>30</sup> Dem ersten auf diese Weise 1992 konstituierten Vorstand unter der Leitung des Vorsitzenden Dr. Wilhelm Filla (Generalsekretär des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen) gehörten noch Prof. Mag. Karl Kalcsics (Leiter der Förderungsstelle des Bundes für Erwachsenenbildung für die Steiermark) als Vorsitzender-Stellvertreter, Dr. Martin Wiedemair (Ring Österreichischer Bildungswerke) als Kassier, Min. Rätin Mag.<sup>a</sup> Elisabeth Morawek (Leiterin der Abteilung Politische Bildung im BMUK) als Kassier-Stellvertreterin, Min. Rat Dr. Johann Dvorák (Leiter der Abteilung Erwachsenenbildung im BMUK) als Schriftführer sowie Hofrat Dr. Eduard Paulus (Amt der Salzburger Landesregierung) als Schriftführer-Stellvertreter an.
- <sup>31</sup> Tabellen nach Barbara Schöllenger, Projektförderung in der Erwachsenenbildung. Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung, in: Hans Knaller (Hg.), Gegenkonzepte. Politische Bildung und Erwachsenenbildung, Innsbruck 1998, 187-197, hier 196f.
- <sup>32</sup> Förderungsrichtlinien der Ausschreibung des Jahres 1997, zitiert nach: Barbara Schöllenger, Projektförderung in der Erwachsenenbildung. Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung, in: Hans Knaller (Hg.), Gegenkonzepte. Politische Bildung und Erwachsenenbildung, Wien 1998, 187-197, hier 187f.
- <sup>33</sup> Siehe dazu die Informationen der Internetseite [www.politischebildung.at](http://www.politischebildung.at).
- <sup>34</sup> BGBl. Nr. 369/1984 idf BGBl. I Nr. 136/2003.
- <sup>35</sup> Christian W. Haepfner, Politische Partizipation, wie Anm. 1, 432f.
- <sup>36</sup> Ebenda, 433-434.
- <sup>37</sup> Dabei darf nicht vergessen werden, dass seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 den diversen Akteuren noch zahlreiche andere Fördertöpfe zur Finanzierung von Aktivitäten aus dem klassischen Betätigungsfeld der politischen Bildung zur Verfügung stehen.
- <sup>38</sup> Slavoj Žižek, *The Plague of Fantasies*, London 1997.

## Nachwort

### Parallelgeschichte der Gegenwart

Für unseren Kollegen  
Wolfgang Russ (1956 - 2005)

*Er blieb hinsichtlich der Vernunft des  
Menschen letztendlich optimistisch.*

Wie feiert eine Bildungseinrichtung Geburtstag? Vor allem dann, wenn es sich um eine Einrichtung der politischen Erwachsenenbildung handelt? Außerdem: wenn diese 30 Jahre alt geworden ist – also selbst ziemlich erwachsen und dazu fähig, die eigene Geschichte aus der Distanz zu betrachten. Eine der Maximen jüngerer Politikdidaktik empfiehlt uns, Bildung nicht als einen Sonderraum mit dazugehörigen Riten und Regeln zu betrachten, sondern als einen Prozess, der bei jeder Gelegenheit in Gang gesetzt werden kann. Die Fahrt in der Straßenbahn kann ebenso einen geeigneten Lern-Ort darstellen wie die Betriebsversammlung oder das alltägliche Surfen im Internet. Also war es selbstverständlich für uns, den Geburtstag der ÖGPB als Anlass zu nehmen, politische Bildung zu veranstalten. Dass die eigene Biografie dabei den Ausgangspunkt markieren sollte, war auch methodologisch evident: Biografiearbeit ist mittlerweile eine wichtige Methode der politischen Erwachsenenbildung.

30 Jahre ÖGPB als Folie zu nehmen, um darauf die Geschichte der politischen Bildung in der Zweiten Republik abzubilden: Die vorliegende Schrift ist das Ergebnis dieser Überlegung.

Wir glauben, in Gerhard Baumgartner den wohl bestgeeigneten Autor für dieses Vorhaben gefunden zu haben. Er ist nicht nur ein renommierter Zeit-historiker mit Schwerpunkt „soziale Bewegungen“ und somit profunder Kenner der österreichischen Nachkriegsgeschichte „von unten“. Baumgartner war selbst Mitarbeiter der ersten, an die ÖGPB angegliederten Service-stelle Politische Bildung und kennt somit ein Stück dieser Geschichte ebenso „von innen“.

Seine Erzählung beginnt in den Siebzigerjahren, in die auch die Gründung unserer Bildungseinrichtung als ein stilles, aber bedeutsames Ereignis fällt. Und sie endet in der Gegenwart. Wie jede kritische Erzählung richtet sie sich nicht auf Kontinuitäten aus: Es geht dieser Geschichtsschreibung nicht darum, jene gerade Linie nachzuzeichnen, die sich zwischen einem zaghaften Anfang und einem für alle Ewigkeit glücklichen Ende erstrecken soll. Baumgartners historische Darstellung zeigt Brüche auf, er schildert zwei Geschichten, die parallel ablaufen und doch einander überschneiden: die gesellschaftspolitische und die der ÖGPB. Überall dort, wo die Berührungspunkte der beiden Geschichten sichtbar werden, haben wir es auch mit einem „Ereignis“ zu tun: einem Bruch, einem Wechsel, einer Umstrukturierung ... Diese Zäsuren manifestieren zweierlei. Erstens: Das heute Selbstverständliche war einst umkämpft. Es hatte mit Gegensätzen, anderen Optionen, Schauplätzen des Widerstreits zu tun. Es musste sich da einen Weg bahnen und hat sich durchgesetzt – das Selbstverständliche ist „geworden“. Betrachten wir die „Normalitäten“ auf diese Weise, kann Staunen einsetzen, das zum Hinschauen und zum Lernen – im wahrsten Sinne des Wortes – führt. Zweitens: Die Brüche lehren uns somit, dass gesellschaftspolitische Gegebenheiten veränderbar sind.

Die Dinge ihrer verstaubten Selbstverständlichkeit zu entreißen und ihre Veränderbarkeit vor Augen zu führen – ist das nicht die wesentliche Aufgabe der politischen Bildung? Zudem verweist die mit Bruchstellen versehene Parallelerzählung auf die interaktiven Verbindungen zwischen der politischen Bildung und dem, was wir im Alltag gerne – teils aus Gewohnheit, teils aus Faulheit – als „die Politik“ bezeichnen. Diese Interaktion hat eine komplizierte Form. Das Lehrbuch-Bild mit zwei gleichberechtigten PartnerInnen (dem demokratisch legitimierten Politiker und der Demokratie lehrenden Bildnerin) mag ein Ideal darstellen, wenn auch ein etwas veraltetes. Realistisch ist dieses Bild jedenfalls nicht. Der Ablauf politischer Prozesse wird – ebenso wie deren von Zäsuren gekennzeichnete Geschichte – von Interessen, strategischen Zügen und Gegenzügen, avantgardistischen Aktionismen und konservierenden Vereinnahmungen bestimmt. Berechtigungen und Legitimationen sind ebenfalls keine natürlichen Gegebenheiten, sondern – wie uns etwa die politischen Entwicklungen der letzten 30 Jahre im Bereich Gender vor Augen führen – Resultate demokratiepolitischer Kämpfe. Darin sind Spuren von Fortschritt genauso lesbar wie jene von Rückschritten, Niederlagen und Rückgriffen.

Demokratie erstarrt zu einem Denkmal, wenn sie als ein für alle Zeiten hergestelltes Gleichgewicht verstanden und gepflegt wird. Sie lebt von umkämpften, unentscheidbaren Interpretationen der Demokratie, von der Artikulation sozialer Forderungen und Selbstartikulation neuer Öffentlichkeiten, vom Beschreiben und Bewohnen neuer Orte des Politischen. Das ist es, was schlicht Demokratisierung genannt wird. Und darin liegt auch die Aufgabe der politischen Bildung – den Prozess der Demokratisierung voranzutreiben durch Ermunterung zur Artikulation eigener politischer Forderungen und zur aktiven Teilhabe an politischen Prozessen.

Wir glauben, dass die rezente Arbeit der ÖGPB genau diesen Umstand widerspiegelt. Die Schwerpunkte, die wir in den letzten Jahren setzten; die Methoden, die wir bei unseren Bildungsangeboten anwandten, und schließlich die neuen Zielgruppen, die wir in unseren Fokus aufnahmen – sie alle sind ein Beleg dafür, dass wir politische Erwachsenenbildung oft auch betreiben müssen, indem wir „die Politik“ und ihre mediale Abbildung bzw. Mitgestaltung gegen den Strich bürsten. Die Mündigkeit von Bürgerinnen und Bürgern zu stärken, zentrales Ziel politischer Erwachsenenbildung, wird erreicht über die Vermittlung einer Kompetenz: Fähigkeit zur Kritik. Es kann daher für politische Bildung nicht angehen, Kritik zu predigen und selbst unkritisch zu sein.

Die in der vorliegenden Schrift angelegte Erzählung einer „Geschichte der Gegenwart“ (M. Foucault), der Geschichte unserer Bildungseinrichtung, ermuntert uns, diesen kritischen Weg weiter zu gehen. Eine solche Ermunterung ist wohl das beste Geburtstagsgeschenk zum 30. Lebensjahr. Bleibt nur zu hoffen, dass die Lektüre auch für Sie, liebe Leserin, lieber Leser, ein kleines Präsent darstellen konnte: verstanden als Gabe und als Gegenwart.

Das ÖGPB-Team:

Heidmarie Buchecker, Franz Ellinger, Hakan Gürses, Barbara Schöllenger, Marion Wisinger, Daria Vukovich

## Vorstandsmitglieder & Geschäftsführer 1977-1991

Karl Ajdovic	(1978 – 1987)
Dr. Hans Altenhuber	(1977 – 1991)
Dr. Karl Arnold	(1977 – 1985)
Wilhelm Bajer	(1977 – ****)
Heinz Buchmüller	(1984 – 1991)
Dr. Karl Dillinger	(1978 – ****)
Dr. Johann Dvorak	(1986 – 1991)
Dr. Wilhelm Filla	(1985 – 1991)
Dr. Josef Finder	(1978 – ****)
Dr. Walter Göhring - Geschäftsführer	(1977 – 1986)
Dr. Josef Gruber	(1977 – 1985)
Mag. Helmut Guth - Geschäftsführer	(1987 – 1991)
Dr. <sup>in</sup> Hilde Hawlicek - Vorsitzende	(1987 – 1991)
Dr. Bernard Ingrisch	(1977 – 1991)
Dr. Herbert Kessler	(1977 – 1991)
Dr. Franz Kirchmair	(1977 – 1991)
Dr. Hans Kirschbichler	(1977 – ****)
Dr. <sup>in</sup> Christa Krammer	(1988 – 1991)
Franz Küberl	(1985 – 1987)
Dr. Erhard Kutschera	(1984 – ****)
Dr. Jürgen Leopoldsberger	(1977 – 1985)
Dr. Norbert Leser	(1978 – 1986)
Dr. Gerald Mader	(1977 – 1985)
Mag. <sup>a</sup> Elisabeth Morawek	(1989 – 1991)
Dr. Herbert Moritz - Vorsitzender	(1985 – 1986)
Dr. Eduard Moser	(**** – ****)
Dr. Franz Pascher	(1983 – 1991)
Dr. Werner Pfeifenberger - Geschäftsführer	(1977 – 1983)
Dipl.-Ing. Peter Prokop	(1977 – 1991)
Dipl.-Ing. Leo Prüller	(1977 – 1985)
Dipl.-Ing. Franz Riebenbauer	(1988 – 1991)
Dr. Herbert Salzbrunn	(1977 – 1978)
Dr. Franz Sauerzopf	(1980 – 1991)
Dr. Heinrich Schneider	(1978 – 1986)
Dipl.-Ing. Dieter Schoeller	(1987 – 1991)
Dr. Fred Sinowatz - Vorsitzender	(1977 – 1983)
Hans Sipötz	(1985 – ****)

Dr. Heinz Steuer	(1978 – ****)
Dkfm. Alfred Stirnemann - Geschäftsführer	(1984 – 1991)
Dipl.-Ing. Josef Vock	(1983 – 1991)
Dr. Helmut Widder	(1987 – ****)
Dr. Helmut Zilk - Vorsitzender	(1983 – 1984)

## **Vorstandsmitglieder & Geschäftsführer 1992-2007**

Mag. <sup>a</sup> Dr. <sup>in</sup> Angela Apel	(2004 – 2005)
Dr. Johann Dvorák	(1992 – 1997)
Dr. Wilhelm Filla - Vorsitzender	(1992 – 2003)
Mag. Karl Kalcsics	(1992 – 2003)
Robert Kramreither	(seit 1997)
Mag. Gerald Leitner - Vorsitzender	(seit 2004)
Mag. Robert Luckmann	(2006 – 2007)
Mag. <sup>a</sup> Elisabeth Morawek	(1992 – 2001)
Dr. Eduard Paulus	(1992 – 2003)
Mag. <sup>a</sup> Barbara Schöllenberg - Geschäftsführerin	(seit 2006)
Dr. Günther Signitzer	(seit 1995)
Roland Spitzlinger	(2006 – 2007)
Dr. Josef Tiefenbach	(2004 – 2005)
Dr. Martin Wiedemair	(1992 – 1995)
Mag. Manfred Wirtitsch	(seit 2001)

*\*\*\*\* Aufgrund der nicht mehr lückenlos vorhandenen Protokolle der Vorstandssitzungen konnten nicht alle Vorstandsmitglieder sowie ihre Funktionsperioden genau rekonstruiert werden. Für etwaige Fehler oder Versäumnisse bitten wir um Entschuldigung.*